

Bote der Urschweiz, 27.11.2015

Kanton will nochmals 41 Mio. Franken sparen

KANTON Der Kanton will 41 weitere Millionen sparen. Zudem wird bekannt, dass allein 156 Millionen NFA-Beiträge auf das Konto des Bezirks Höfe gehen.

adm. Jetzt lässt der Kanton die Katze aus dem Sack. Und zwar gleich doppelt. Er legt die Antwort auf eine Interpellation von SP-Präsident Andreas Marty auf den Tisch und rechnet vor, was hinter vorgehaltener Hand schon lange die Runde machte.

«Schuld» an den hohen NFA-Leistungen, unter denen der Kanton finanziell massiv leidet, sind die reichen Gemeinden und Bezirke im Kanton. Wäre allein das durchschnittliche Ressourcenpotenzial im Bezirk Höfe gleich hoch wie

sonst im Kanton, müsste Schwyz lediglich 5,6 Mio. Franken in den Neuen Finanzausgleich abliefern. «Die Höfe

die Regierung für ihre Steuerpolitik erneut scharf.

Massiver Abbau

Gleichzeitig hat die Regierung wie angekündigt ein weiteres massives Entlastungs- und Sparprogramm vorgelegt. Insgesamt soll der Staatshaushalt nochmals um 41 Millionen Franken schlanker werden. 33 Millionen gehen dabei zulasten der Gemeinden und Bezirke, die vom Kanton bisherige Aufgaben übernehmen sollen.

Geplant sind der Abbau von Leistungen bei der Prämienverbilligung, in der Wohnbauförderung, im Bildungsbereich oder bei der Abgeltung interkantonalen Kulturleistungen.

Auch das Kantonspersonal wird erneut zur Kasse gebeten. Künftig sollen die Jubiläumsgeschenke nicht mehr in bar ausbezahlt, sondern nur noch in Form von freien Arbeitstagen bezogen werden können.



**«Die Höfe decken
die Kosten bei
Weitem nicht.»**

ANDREAS MARTY,
SP-PRÄSIDENT

decken mit ihrem Steuerertrag ihre Kosten also bei Weitem nicht», rechnet SP-Präsident Marty vor und kritisiert

Sparen oder mehr Steuern

KANTON Die Regierung legt ein weiteres Sparpaket vor. Es beläuft sich auf 41 Millionen Franken. Sagt der Kantonsrat Nein, macht der Regierungsrat klar, dass es eine weitere Steuererhöhung braucht.

JÜRIG AUF DER MAUR

Vogel friss oder stirb: Mit dieser Botschaft geht die Schwyzer Regierung an die Öffentlichkeit. Sie legt zuhauften des Kantonsrates ein weiteres Entlastungsprogramm vor. Es geht um nicht weniger als 41 Millionen Franken.

Um so viel soll der Kantonshaushalt durch Aufgabenverzicht und Lastenverschiebungen künftig entlastet werden. Acht Millionen werden beim Kanton abgebaut, 33 Millionen sollen die Gemeinden künftig zusätzlich übernehmen und damit den Staatshaushalt entlasten (siehe Box).

Begründet werden die massiven Schritte gemäss Vorlage zum einen mit der desolaten Finanzlage, aber auch mit den entsprechenden gesetzlichen Vorgaben. So verlange das Gesetz einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Zudem schreibe das neue Finanzhaushaltsgesetz vor, dass das Eigenkapital ab 2018 wieder mehr als 300 Millionen Franken betragen müsse. «Zum Aufbau von Eigenkapital werden deshalb weitere Massnahmen ergriffen werden müssen.» «Der Entscheidungsspielraum des Kantonsrats ist begrenzt», schreibt die Regierung. Das heisst: «Stimmt der Kantonsrat den vorgeschlagenen Massnahmen nicht zu und schlägt er keine gangbare Alternativen vor, sind weitere Steuererhöhungen unumgänglich.»

SVP kündigt Prüfung an

Dass das Paket für viel Gesprächsstoff sorgen wird, zeigt allein schon die Reaktion der SVP. Die Partei, welche weitere Einsparungen in Millionenhöhe forderte, um überhaupt auf die Steuersenkungspläne einzugehen, zeigt sich zwar «im Grundsatz» einverstanden. So jedenfalls lässt sich SVP-Präsident Xaver Schuler in einer ersten Reaktion vernehmen. Allerdings: «Die Leistungsverchiebungen an die Gemeinden und Bezirke werden wir noch eingehend prüfen müssen, bevor wir einfach zustimmen.» Damit liegen die Fakten für die nächsten Debatten auf dem Tisch. Das Budget 2016 sieht eine Steuererhöhung auf 170 Prozent vor. Dazu kommt die nächste Sparrunde und anschliessend die nächste Steuer-gesetzrevision.



Die Pendler gehören zu jenen, die von den Sparmassnahmen besonders betroffen sind.

Bild Andreas Seeholzer

Hier wird der Rotstift angesetzt

KANTON adm. Jetzt werden Leistungen abgebaut, anders geht es nicht mehr. Wie die Schwyzer Regierung schon seit Längerem angekündigt hat, sollen nicht nur die Steuern erhöht, sondern weitere Sparschritte gemacht werden. Insgesamt sollen Kantonsleistungen im Umfang von 8 Millionen Franken abgebaut werden. Weitere 33 Millionen müssen künftig Bezirk und Gemeinden übernehmen.

Konkret werden folgende Sparmassnahmen vorgeschlagen.

Beim Kanton:

- ▶ 4,8 Mio. Franken will der Kanton bei der Krankenversicherung einsparen. Tiefere Richtprämien bei den Krankenkassenprämien seien zumutbar.
- ▶ 210 000 Franken bei der Wohnbauförderung. Die Regierung will diese streichen.
- ▶ 257 000 Franken Stellungsbeiträge sollen in der Landwirtschaft gestrichen werden.
- ▶ 2,0 Mio. Franken für die Kultur: Der Kanton will die interkantonale Vereinbarung kündigen.
- ▶ Maximal 8 Millionen: Der Sachaufwand für die Kantonspolizei soll auf dieser Summe plafoniert werden.
- ▶ 220 000 Franken für die Spezialfinanzierung der Zivilschutzanlagen, respektive Ersatzbeiträge an Schutz-

raumbauten sollen ebenfalls gestrichen werden.

▶ 640 000 Franken weniger für Treueprämien: Die Dienstaltersgeschenke beim Kantonspersonal werden gestrichen. Künftig sollen diese nur noch in Form von Ferientagen entrichtet werden.

▶ 100 000 bis 350 000 Franken werden in den nächsten Jahren jeweils für den Unterhalt des Hauptwanderwegnetzes gestrichen.

Lastenverschiebungen

▶ 12,5 Millionen Franken will die Regierung vom Kanton an die Gemeinden und Bezirke übergeben. Sie werden stärker in die Finanzierung der Ergänzungsleistungen einbezogen.

▶ 7,0 Millionen Franken sollen die Gemeinden und Bezirke künftig zusätzlich in den Bildungsbereich stecken. So wird die Kostenbeteiligung des Kantons an der Volksschule um 3,1 Millionen Franken reduziert. Auch der Kostenverteiler im Bereich Sonderschulung soll künftig für 3,0 Millionen Franken stärker zulasten der Gemeinden ausfallen. Schliesslich verzichtet der Kanton auf Beiträge an Schulanlagen. Damit können 875 000 Franken gespart werden.

▶ 5,0 Millionen Franken spart der Kanton ein, indem er den Pendlerabzug reduziert und damit die Fabi-Vorhaben gegenfinanziert.

▶ 8,0 Millionen Franken werden beim Finanzdepartement eingespart, indem der Normaufwandausgleich zur Finanzierung des innerkantonalen Finanzausgleichs angepasst wird.

▶ 100 000 bis 250 000 Franken will die Regierung beim Kanton einsparen, indem Beiträge an den Gewässerschutz gestrichen werden.

Erschwerte Zusammenarbeit

Dass die Sparmassnahmen nicht einfach kosmetische Schritte sind, sondern für die Betroffenen durchaus empfindlich spürbar sein werden, zeigt die detaillierte Zusammenstellung.

Konkret: Der Kantonsanteil an den Kosten für die Lehrerlöhne soll von 20 Prozent auf 18 Prozent reduziert werden. Von der Streichung der Beiträge an Schulbauten erhofft man sich auf Gemeindestufe insgesamt «einen gewissen Spareffekt».

Auch bei der Polizei ist sich die Exekutive bewusst, dass mittelfristig ein Rückstand gegenüber anderen Korps eingehandelt werden kann.

Dass sich auch der Entscheid, die interkantonale Vereinbarung im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen auswirken wird, betont die Regierung gleich selbst. Durch den Austritt werde die künftige interkantonale Zusammenarbeit nämlich «in sämtlichen Aufgabenbereichen erschwert».

Verspätete Rechnung

Jetzt kommts faustdick. Nicht nur, dass ab nächstem Jahr massiv höhere Steuern drohen: Die Regierung setzt den Rotstift an und beabsichtigt, den eigenen Haushalt um 41 Millionen Franken zu entlasten. Und zwar auf Kosten der Gemeinden und Bezirke. Und das am gleichen Tag, an dem bekannt wird, dass der Kanton nicht bald 200, sondern nur 5,6 Mio. Franken NFA-Beiträge bezahlen müsste, wäre das Ressourcenpotenzial in den Höfen gleich hoch wie im Rest des Kantons.

Was aufhorchen lässt, ist auch die Art und Weise, wie die Regierung den Spargürtel enger schnallt. Sie sagt dem Parlament unverblümt: «Entweder macht ihr das oder die Steuern müssen noch stärker steigen.» Begründet wird die happige Sparrunde mit den gesetzlichen Vorschriften nach einem ausgeglichenen Haushalt.

Mit Verlaub: Das ist ja nicht neu. Gehandelt wird aber erst jetzt, Jahre, nachdem es klar war, dass die Rechnung so nicht mehr aufgehen kann. Die «Teaparty» für wenige dauerte viel zu lange. Und doch: Der Glaube nach tiefen Steuern sitzt noch tief. Die Angst vor Wegzug verschont die Firmen erneut. Die Zeche bezahlt jetzt die Allgemeinheit.